

JAHRESBERICHT 1996

Verbandsangelegenheiten

Die Anerkennung des Verbandes als *die* unabhängige Vertretung der Berliner Schulleiter und Schulleiter-Stellvertreter zeigte sich auch im vergangenen Jahr in einem kontinuierlichen Anstieg der Mitgliederzahl auf über 200. Der Vorstand trat wiederum zu 10 Sitzungen zusammen, davon 2 ganztägige Klausurtagungen.

Mitgliederversammlungen

Die Mitgliederversammlung am 27.02.96 galt dem Thema „*Ein Jahr Landesschulamt - Erfahrungen und Erwartungen*“ (s. Berliner Beihefter PädF 2/96). Die schulpolitischen Sprecher der Koalitionsfraktionen, Fr. Kittelmann und H. Schuster, nahmen zum Thema Stellung und standen für die angeregte Aussprache zur Verfügung.

Am 17.09.96 diskutierte die Mitgliederversammlung das Positionspapier des Vorstands zum Thema „*Schulleiter als Dienstvorgesetzter*“ (Bericht im Berliner Beihefter PädF 4/96). Nach z.T. kontrovers geführtem Meinungs austausch und wenigen Änderungsbeschlüssen teilte die Mitgliederversammlung mit deutlicher Mehrheit die vom Vorstand vorgelegte Position.

Die Berichte aus den im vergangenen Jahr eingerichteten bezirklichen Arbeitsgemeinschaften befassten sich mit folgenden Themen: Status und Arbeitszeit der Schulsekretärinnen, aktuelle Sparmaßnahmen, Verbeamtung und Probezeit der Schulleiter in den östlichen Bezirken, Schule in erweiterter Verantwortung. Der Vorstand nahm die Anliegen der bezirklichen Arbeitsgemeinschaften in seine laufenden Gespräche mit den Vertretern der Schulverwaltung auf.

Gespräch des Vorstands mit dem Leiter des Landesschulamtes

Dass die Haushaltslage des Landes Berlin zu Einsparungen zwingt, ist eine nicht zu leugnende Tatsache. Wenn sich der Schulbereich den Sparmaßnahmen schon nicht entziehen kann, wollte der Vorstand wenigstens Einfluss darauf nehmen. Er ließ sich dabei von der Absicht leiten, Einsparungen in pädagogisch relevanten Bereichen möglichst abzuwenden. Der Vorstand wandte sich daher mit Einsparungsvorschlägen an den Leiter des Landesschulamtes. Die Vorstandsmitglieder Jurczok, König und Kuhn konnten darüber am 06.03.96 mit Herrn Seiring sprechen.

Die Vertreter der IBS machten detaillierte Vorschläge, wie bei evtl. *Einschränkungen der Lernmittelfreiheit* pädagogische und soziale Gesichtspunkte berücksichtigt und Bücherbeschaffungen organisiert werden können. Die möglichen Einsparungen bezifferten sie auf überschlägig 10-20 Mill. DM, äquivalent zu 100-200 Lehrerstellen. Weiter seien Einsparungen bei den *Reinigungskosten* durch Reduzierung bzw. Beteiligung von Schülern möglich. Herr Seiring hielt eine einkommensabhängige Beteiligung der Eltern bei den Kosten der Lernmittel von bis zu einem Drittel zwar für wünschenswert, derzeit

aber politisch nicht durchsetzbar. Den Vorschlägen der IBS für eine Reduzierung der Reinigungskosten stimmte Herr Seiring zu.

Die Vertreter der IBS schlugen vor, den Schulen Anreize zum *Energiesparen* zu geben, indem die eingesparten Beträge z.T. den Haushaltsmitteln der Schule zugute kommen sollen. Insbesondere trat die IBS jedoch dafür ein, den Schulen größere Selbständigkeit in der *Haushaltsführung* zu geben und die Möglichkeit zu schaffen, Haushaltsmittel *auf das Folgejahr zu übertragen*. Herr Seiring stimmte diesen Vorschlägen zu und stellte eine Änderung der Landeshaushaltsordnung mit dem Ziel der Übertragbarkeit der Mittel auf das folgende Haushaltsjahr in Aussicht.

Es könnte nach Meinung der IBS erwogen werden, die *3. Sportstunde* zu streichen und als Ausgleichsmaßnahme die Turnhallen für die Sportvereine weiter zu öffnen, wobei die Schüler der betreffenden Schule vorrangig am Nachmittag in Sportgruppen aufgenommen werden sollten. Herr Seiring bezeichnete diesen Vorschlag als die beste der möglichen Alternativen, glaubte jedoch, dass es dazu nicht kommen würde. Dem Vorschlag, schulartspezifisch die Kosten für den einzelnen Schüler zu überprüfen und in Relation dazu an Einsparungen zu denken, stand Herr Seiring skeptisch gegenüber.

Den Vorschlag, Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen, nahm Herr Seiring positiv auf und verwies auf die Absicht, die Genehmigung von *Schülerfahrten* auf die Schulleitungen zu übertragen.

Nach der Kritik der Vertreter der IBS an der Arbeit des Landesschulamtes räumte Herr Seiring Fehler und Versäumnisse ein und kündigte Veränderungen an, die vor allem einer größeren Kompetenz der *bezirklichen Schulaufsicht* gelten sollen.

An weiteren Maßnahmen kündigte Herr Seiring u.a. an, dass es keine Erhöhung der *Unterrichtsverpflichtung* der Berliner Lehrer geben werde und dass die sog. „bezirklichen Besonderheiten“ nicht aufrechterhalten werden könnten.

Das Gespräch fand in einer sehr konstruktiven Atmosphäre statt.

Gespräch des Vorstands mit der Schulsenatorin

Am 09.10.96 hatten die Mitglieder des Vorstands Jurczok, Körnig und Rolles die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit der Schulsenatorin, Ingrid Stahmer. An dem Gespräch nahm auch ihr persönlicher Referent, Herr Pieper, teil. Die IBS hatte sich seit längerer Zeit um einen Gesprächstermin bei Frau Stahmer bemüht, um mit ihr Fragen betr. Schulleitung, Schulaufsicht und aktueller schulpolitischer Entwicklungen in Berlin zu erörtern.

Das Gespräch fand in einer freundlicher Atmosphäre statt. Frau Stahmer und die IBS-Vertreter legten sehr sachbezogen ihre Positionen dar, woraus sich z.T. eine für beide Seiten fruchtbare Diskussion ergab. Die Senatorin nahm sich für das Gespräch 1½ Stunden Zeit.

Schwerpunktmäßig wurden die Themenbereiche Schulleitung, Schulaufsicht und Sparmaßnahmen angesprochen. Nach einer kurzen Begüßung und Vorstellung bedankte sich der Vorsitzende der IBS, Herr Jurczok, bei Frau Stahmer für den Gesprächstermin.

• Schulleitung

Nach Meinung der IBS ergibt sich aus dem Modellprojekt "Schule in erweiterter Verantwortung" notwendigerweise die Forderung nach einer *Erhöhung der Ent-*

scheidungskompetenz des Schulleiters (z.B. Anweisungsbefugnis bei außerunterrichtlichen Tätigkeiten der Lehrkräfte, Entscheidungsbefugnis über Schülerfahrten, Budgetierung) bzw. nach dem Dienstvorgesehenstatus des Schulleiters. Die Vertreter der IBS verwiesen u.a. auf das große bisher gezeigte Engagement des Verbandes in diesen Fragen und auf die Stellungnahmen zum Modellprojekt "Schule in erweiterter Verantwortung", die - z.T. wörtlich - in die Senatsvorlage Eingang gefunden hatten. Frau Stahmer griff diese Gedanken auf und führte (sinngemäß) aus:

Sie habe bis zu ihrem Amtsantritt als Schulsenatorin immer geglaubt, der Schulleiter sei der „Chef“ in seiner Schule. Dies entspreche zu ihrem Erstaunen offenbar nicht der Realität. Eine *Personalkompetenz für Schulleiter* täte not. Der Modellversuch in Berlin sei ihrer Meinung nach etwas „halbherzig“ und nur eine „Annäherung an eine Modeerscheinung“. Die Frage, die zu stellen wäre, sei: „Was kann die Schule selbst leisten und wo braucht sie Hilfe von außen?“

Auf die unbedingt notwendigen, aber fehlenden *Fortbildungsmaßnahmen* für Schulleiter angesprochen, sagte sie, daß die entsprechenden Streichungen beim BIL auf Grund der Sparmaßnahmen zwar sehr bedauerlich, aber unumgänglich seien.

- **Schulaufsicht**

Nach Meinung der IBS ergibt sich aus einer veränderten Rolle der Schulleitung auch eine *Neudefinition der Aufgaben der Schulaufsicht*, wobei neben der Aufsichtsfunktion auch der Beratungsfunktion ein größerer Stellenwert zukommen muß. Darauf ist die Schulaufsicht aber auch vorzubereiten, um entsprechende Beratungskompetenz zu erwerben. Beratung und Aufsicht sind zwar zwei verschiedene Aufgabenbereiche, die aber in einer Hand liegen sollten. Beratung ohne Aufsichtskompetenz ist ebenso sinnlos wie Aufsicht ohne Beratungskompetenz. Nach Ansicht von Frau Stahmer gibt es bei der Betrachtung der Berliner Schullandschaft eine ganze Menge Aktivitäten in den Schulen, die sie sehr begrüßt. Leider mußte sie feststellen, daß Schulaufsicht und Schulverwaltung dabei eher bremsend als fördernd wirken. Bei der Schulaufsicht stellt sie einen sehr hohen Weisungsbedarf fest, und wegen des LSA kam und kommt es immer noch zu Kompetenzproblemen. Dennoch ist nach Meinung von Frau Stahmer das LSA für den Personalkörper unbedingt notwendig. In einer Vorlage für den Schulausschuß macht Frau Stahmer Vorschläge für eine *Umstrukturierung des LSA*. Statt 23 Außenstellen soll es zukünftig nur noch 15 Regionen mit klaren Zuständigkeiten geben. Die Leiter dieser Regionen sollen eine Stärkung ihrer Kompetenz erfahren. Bei der *Lehrerpersonalplanung* soll eine größere Beteiligung bis hin zum Schulleiter vorgesehen werden.

Leider stünden z.Zt. in Berlin die Sparzwänge der Innovationsverpflichtung entgegen, und „viel Verantwortungsangst ist vorhanden“.

- **Sparmaßnahmen**

Frau Stahmer betonte ihre Bemühungen, bei den laufenden Etatberatungen den Schulbereich von weiteren Kürzungen zu verschonen. Die schon vollzogenen Sparmaßnahmen bezeichnete sie angesichts der katastrophalen Haushaltslage des Landes Berlin als unumgänglich. Im Gegensatz zu früheren Jahren gäbe es keine Möglichkeit mehr, die besondere politische Lage des Landes beim Bund als Argument für Zuschüsse ins Feld zu führen. Sie kämpfe zwar für jede *Anrechnungsstunde*, müsse aber die Auflage beachten, dass Berlin sich dabei im Durchschnitt der Bundesländer bewegen

müsse. Was den Etat für *Lehr- und Lernmittel* betrifft, suche sie nach einer Möglichkeit, diesen den Schulen ungeschmälert zukommen zu lassen.

Herbsttagung 96

Die 6. Herbsttagung der Berliner Schulleiter unter dem Thema „Lebensraum Schule - Reformen in der Schule inmitten einer sich verändernden Gesellschaft“ - führte wiederum fast 300 Teilnehmer, diesmal im Sport- und Kongreßzentrum Hohenschönhausen, zusammen. In Vertretung der Senatorin begrüßte Herr Stryck die Tagungsteilnehmer. Seine unkonventionellen Äußerungen zur Frage der größeren Selbständigkeit der Einzelschule und seine unbefangene Sichtweise der Schulleitung lassen hoffen, dass Bewegung in die Berliner Schulpolitik kommt. In seinem Vortrag „Die Schule als Lern-, Lebens- und Erfahrungsraum“ verwies Prof. Rainer Winkel auf die vielen z.T. schon lange bekannten Mittel, Schule zu verändern, warnte vor überfordernden Reformansätzen und machte Mut, unter realistischer Einschätzung der Ausgangssituation und der vorhandenen Kräfte in überschaubaren Schritten mit Schulreform Ernst zu machen. Die Themen der Arbeitsgruppen steckten ein weites Feld ab und fanden wiederum das größte Interesse bei den Teilnehmern.

Die Herbsttagung hat sich zu *dem* Kommunikationszentrum der Berliner Schulleitungsmitglieder entwickelt und setzt Impulse in der Berliner Schullandschaft. Allenthalben wird die professionelle Organisation anerkannt. In Hohenschönhausen sind zwar die räumlichen Bedingungen für die Arbeitsgruppen nach wie vor nicht optimal, doch entspricht der Tagungsort in allen anderen Aspekten unseren Anforderungen.

Weitere Aktivitäten des Vorstands

- **Frühjahrstagung der Brandenburger Schulleiter**

Wie mehrfach berichtet, bemüht sich der Vorstand schon seit Jahren um Unterstützung des Schulleiterverbandes Brandenburg (SVB). In Zusammenarbeit beider Verbände und unter Federführung der IBS organisierte der Vorstand die 1. Frühjahrstagung der Brandenburger Schulleiter. Das Echo auf die Einladung übertraf die kühnsten Erwartungen. Etwa 400 Schulleitungsmitglieder versammelten sich am 23.04.96 im Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg, Ludwigsfelde-Struveshof. Im Zentrum der Tagung stand der Vortrag von Prof. Rainer Winkel zum gleichen Thema wie auf der Herbsttagung der IBS. Die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Frau Peters Peter war unserer Einladung gefolgt und sprach zu den Teilnehmern über aktuelle Probleme von Schule und Schulleitung in Brandenburg. Vor allem die gravierenden Folgen der demographischen Entwicklung für die Größe der Schulen sowie die Zahl der Schulstandorte im Land Brandenburg, aber auch die Auswirkungen auf die Beschäftigungslage der Lehrkräfte standen im Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Hochrangige Vertreter des Ministeriums standen für Nachfragen und weitere Ausführungen zur Verfügung. In den Äußerungen bestätigten sich sehr deutlich die Klagen Brandenburger Schulleiter über ihre unbefriedigende Situation. Während das Ministerium von „Stärkung der Schulleitung“ spricht, bürdet es den Schulleitern immer weitere Aufgaben auf und beschränkt sie in ihrer rechtlichen Stellung. (Auch schon in der Antwort auf die ASD-Resolution zum Dienstvorgetztenstatus des Schulleiters hatte das Brandenburger Ministerium deziidiert ausgedrückt, dass es eine andere Auffassung von Schulleitung habe.)

Zum Abschluss der Tagung referierte der Vorsitzende der IBS über Ziele und Aufgaben eines Schulleiterverbandes. Anschließend sollte mit den daran interessierten Teilnehmern die Neuorganisation des Brandenburger Schulleiterverbandes stattfinden. Der Aufbruch der meisten Zuhörer machte offenbar, dass die Mehrzahl der Brandenburger Schulleitungsmitglieder noch nicht in der Lage ist, sich für die Vertretung ihrer Interessen in einem Verband zu engagieren. Immerhin zeigten sich aber so viele interessiert, dass es dem Schulleiterverband Brandenburg möglich war, seine Mitgliederzahl auf ca. 60 zu verdoppeln und den Vorstand auf eine arbeitsfähige Größe zu erweitern.

In der Folgezeit war der IBS-Vorstand bei den Vorstandssitzungen des SVB vertreten und ebenso bei der Mitgliederversammlung am 24.10.96 in Ludwigsfelde.

- **Gespräch mit den Wirtschaftlern der Bezirke**

Am 22.08.96 lud der Vorstand die Wirtschaftler der Bezirke zu einem Gespräch ein (s. Berliner Beihefter PädF 4/96). Erfreulicherweise war etwa die Hälfte der Bezirke vertreten. Die Aussprache machte die unterschiedliche Verfahrensweise bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel in den einzelnen Bezirken deutlich, z.T. auch durchaus berechtigte Bedenken gegenüber einer Ausweitung der Bewirtschaftungsbefugnis der Schulen. Die Vertreter der IBS traten für größtmögliche Transparenz bei der Mittelzuteilung an die Schulen und für eine Ausweitung der finanziellen Verantwortung der Schulen, insbesondere auch für die Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln in das nächste Haushaltsjahr ein.

- **Treffen mit niederländischen Schulleitern**

Zu Hospitationen in Berliner Schulen mit dem Schwerpunkt Integration Behinderter hielt sich im Herbst 96 eine Gruppe niederländischer Schulleiter in Berlin auf. Die Studienreise wurde organisiert vom Allgemeinen Verband der Schulleiter an Primarschulen (AVS). Vermittelt durch Dr. Hübner, Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, trafen sich am 25.09.96 die Vorstandsmitglieder Jurczok, Rolles und Thiering mit dem Vorsitzenden und einem weiteren Vertreter des AVS.

Das niederländische Schulwesen zu erläutern ist hier nicht Raum. (Mancher Leser wird sich an die Darlegungen von Dr. Theo Liket auf der IBS-Herbsttagung 1993 erinnern.) Die weitgehende Autonomie der Schulen in finanzieller und personeller Hinsicht hat konsequenterweise dazu geführt, dass die Mehrzahl der Schulleiter ihre neue Rolle als „Arbeitgeber“ angenommen hat. Der Schulleiterverband (wie auch der Verband der Schulleiter an Sekundarschulen) hat sich von einer „Gewerkschaft“ zu einem „Arbeitgeberverband“ gewandelt. Mitglieder sind Schulleiter als Repräsentanten ihrer Schulen, aus deren Finanzmitteln auch die Beiträge geleistet werden. Die Finanzausstattung ermöglicht eine mit hauptamtlichem Personal besetzte Geschäftsstelle und die völlige bzw. teilweise Freistellung der Vorstandsmitglieder von ihrer Diensttätigkeit. Diese Ressourcen schaffen ganz andere Voraussetzungen für die Einflussnahme auf die politischen Entscheidungsträger und für Serviceleistungen für die Mitglieder.

Selbst, wenn das niederländische Schulwesen mit dem deutschen nicht vergleichbar ist, kann der Blick darauf doch helfen, die Perspektiven der teilautonomen Schule und des damit verbundenen Berufsbildes des Schulleiters abzuschätzen. Für die Arbeit eines Schulleiterverbandes ließen sich - unter Berücksichtigung der anderen Voraussetzungen - wertvolle Anregungen gewinnen.

- **Stellungnahmen**

Am 27.04.96 wandte sich der Vorstand in eine Stellungnahme an die Schulsenatorin und die interessierte Öffentlichkeit mit der Forderung, die *befristet beschäftigten Lehrkräfte* weiter zu beschäftigen. Die Stellungnahme verwies auf den Einsatz dieser Lehrkräfte, deren Entlassung nicht nur den Bildungsauftrag der Berliner Schule, sondern auch deren Innovationskraft gefährden würde. In dem Schreiben heißt es: „Im Bewußtsein unserer Verantwortung für die künftige gedeihliche Entwicklung des Berliner Schulwesens appellieren wir daher an die verantwortliche Schulsenatorin, dafür Sorge zu tragen, dass die in der Berliner Schule dringend benötigten Lehrkräfte mit Fristverträgen auch im neuen Schuljahr ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag nachkommen können.“

Am 30.05.96 kennzeichnete der Vorstand in einem Schreiben an die Schulsenatorin die *Organisationsrichtlinien* für das Schuljahr 1996/97 als unausgewogen und nicht genügend durchdacht. Insbesondere kritisierte der Vorstand die Erhöhung der Einrichtungs- bzw. Durchschnittsfrequenzen, die Reduzierung der Teilungsstunden sowie der Fördermaßnahmen für ausländische Schüler und Aussiedlerklassen und die Kürzung der Anrechnungsstunden für den Schulpsychologischen Dienst als kontraproduktiv angesichts dessen verstärkter Inanspruchnahme bei Verhaltensauffälligkeiten und durch Förderausschüsse. Weiter wurden die Kürzung der Verwaltungsstunden und der Anrechnungsstunden für Schulleitung in den Gesamtschulen als Gefährdung von Schulentwicklung und Profilbildung bezeichnet.

Anfragen der Schulleiter aus den östlichen Bezirken folgend setzte sich der Vorstand für eine beschleunigte Besetzung der Schulleiter-Stellen sowie für die Einhaltung der kürzestmöglichen *Bewährungszeit bei der Verbeamtung der Schulleiter und Stellvertreter ein*.

- **Fortbildung**

Auf kaum einem anderen Gebiet hat die IBS in den vergangenen Jahren ebensolche Erfolge erzielt wie bei der Schulleiter- Aus- und Fortbildung. Nach der Gründung des Berliner Instituts für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung - BIL -haben wir - auf Grundlage unserer Vorschläge - gemeinsam mit der Senatsschulverwaltung (H. Dannert) und der Vereinigung der an der Leitung von Gymnasien und Gymnasialen Oberstufen beteiligten Personen e.V. ein „Bausteinkonzept“ entwickelt, das vom BIL auch für kurze Zeit durchgeführt wurde. Wegen der aktuellen Sparmaßnahmen sind die Fortbildungsangebote des BIL für Schulleitungsmitglieder erheblich eingeschränkt worden. Wir sehen unsere Erfolge auf diesem Gebiet aufs äußerste gefährdet. Dies zu einem Zeitpunkt, zu dem die Bedeutung der Schulleitung für die pädagogische Führung in der Schule nicht nur zunehmend Anerkennung findet, sondern auch im Zusammenhang mit wachsender Eigenverantwortung für die Einzelschule neue Aufgaben auf die Schulleitungen zukommen.

Der Vorstand hat sich daher entschlossen, Fortbildungsseminare für Schulleitungsmitglieder anzubieten und damit im Frühjahr 1997 zu beginnen. Konzeption, Organisation und Leitung liegen in den Händen des Referatsleiters Fortbildung, Herrn Ramfeldt. Das Verzeichnis der Fortbildungsangebote wird zum Jahreswechsel 96/97 an alle Schulen versandt.

Der Schulleiter als Dienstvorgesetzter

Auf ihrer Herbsttagung 1995 hatte die Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands (ASD) in einer Resolution den Status des *Dienstvorgesetzten* für den Schulleiter gefordert und diese Resolution bundesweit verbreitet. Die Kollegen Lutz, Kuhn und Tulke erstellten darauf ein auf die Berliner Situation bezogenes Positionspapier, welches detailliert beschreibt, welche Funktionen des Dienstvorgesetzten aus Sicht der IBS auf den Schulleiter übertragen werden müssten. Das Positionspapier wurde auf der Mitgliederversammlung am 17.09.96 diskutiert und daraufhin modifiziert (abgedruckt im Berliner Beihefter PädF 1/97). Es wurde Anfang Februar 1997 an die Schulverwaltung, die Verbände im Schulbereich und die Fraktionen im Abgeordnetenhaus mit der Bitte um Meinungsäußerung übersandt. Die Spitzenvertreter der Schulbehörde wurden um ein Gespräch darüber gebeten. Dieses Gespräch werden *erstmalig* die IBS-Vertreter gemeinsam mit den Vertretern der Vereinigung der Oberstudiendirektoren des Landes Berlin führen.

Auch wenn das Berliner Schulverfassungsgesetz den Begriff nicht ausdrücklich nennt, ist doch offensichtlich und wird von Juristen auch so vertreten, dass der Schulleiter die *Gesamtverantwortung* für seine Schule trägt. Die Rechtsstellung des Berliner Schulleiters trägt dem jedoch keineswegs Rechnung. Vor allem in *personalrechtlicher* Hinsicht fehlen dem Schulleiter wichtige Kompetenzen, die für einen Vorgesetzten eigentlich selbstverständlich sind. *Schulleitung auf „kollegialer Grundlage“* ist davon nicht betroffen, da an der Grundsatz nicht betroffen ist, dass Angelegenheiten von Unterricht und Erziehung durch die zuständigen schulischen Gremien entschieden werden und der Schulleiter an diese Beschlüsse gebunden ist.

Die unbefriedigende Rechtsstellung des Schulleiters ist auch in der Denkschrift der Bildungskommission NRW „Zukunft der Bildung - Schule der Zukunft“ genannt worden:

„Die Übertragung der Gesamtverantwortung für die schulische Arbeit auf den Schulleiter, die im derzeitigen Schulrecht erfolgt, ist eine Rechtskonstruktion, der die Amtsinhaber in der Praxis nicht gerecht werden können. Ihre Kompetenzen entsprechen dieser Verantwortung und der tatsächlichen Bedeutung von Schulleitung nicht. Ihre Stellung ist gekennzeichnet von unklaren Zuständigkeitsstrukturen.“

Der hessische Kultusminister, Holzapfel (SPD), ist dabei, den Schulleiter zum Dienstvorgesetzten zu machen in der klaren Erkenntnis, dass eine Schule mit erweitertem Handlungsspielraum einen Schulleiter braucht, der in der Lage ist, Verantwortung zu übernehmen. Der niedersächsische Kultusminister, Wernstedt (SPD), überträgt den Schulleitern Dienstvorgesetzeneigenschaften, um eine Ebene der Schulaufsicht einzusparen. Unsere Schulsenatorin gab gegenüber Vertretern des Vorstandes ihrer Verwunderung Ausdruck, daß der Schulleiter nicht „Chef“ in seiner Schule ist.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Positionspapier der IBS an Gewicht und wird hoffentlich auch in Berlin dazu beitragen, den Schulleiter mit einer adäquaten Rechtsstellung auszustatten.

Arbeitsgemeinschaft der Schulleiterverbände Deutschlands (ASD) - Verband deutscher Schulleitungen e.V. -

- Frühjahrstagung Norderney 29.02.-02.03.96

Der Bericht des Vorstands befasste sich u.a. mit einem Gespräch mit der KMK-Präsidentin Raab (Hamburg), Antworten der Kultusminister der Bundesländer auf übersandte Resolutionen der ASD und Besuchen von Veranstaltungen, zu denen der ASD-Vorstand eingeladen wurde. Des Weiteren wurden die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppen diskutiert, die zu den Themen „Schulleiterauswahl und -ausbildung“ (Mitarbeit durch Richter und Winkler, IBS) sowie „Beamtenstatus für Schulleiter“ gebildet worden waren. Zur im Herbst 1995 in Burg/Fehmarn beschlossenen Resolution „Schulleiter als Dienstvorgesetzter“ wurden inhaltliche Positionen zustimmend zur Kenntnis genommen. Zur Bestreitung der gestiegenen Ausgaben des Vorstands infolge Ausweitung der Aktivitäten wurde eine Sonderzahlung der Landesverbände in Höhe von 40% des Jahresbeitrages für 1996 beschlossen. Ein Vertreter des niederländischen Schulleiterverbandes bekundete im Auftrag des Welt-Schulleiterverbandes (ICP) das dringende Interesse dieses Verbandes an einer Mitgliedschaft der deutschen Schulleiterverbände durch die ASD in diesem Verband, dem eine kontroverse Diskussion folgte.

- **Herbsttagung Warnemünde 28.-30.11.96**

Der ASD-Vorstand äußerte sich kritisch über eine als erschwerend empfundene mangelnde Zusammenarbeit einiger Landesverbände mit dem Vorstand. Allgemein wurde die Anerkennung der Arbeit des Vorstands deutlich ausgesprochen. Die Zwischenergebnisse der o.g. Arbeitsgruppen wurden einer weiteren Diskussion unterzogen. Eine Satzungsänderung wurde beschlossen, die lediglich die Mitgliedschaft in einem Landesverband als Schulleiter zur Bedingung für die Kandidatur zum ASD-Vorstand macht, nicht mehr den Vorsitz in einem Landesverband bzw. dessen Vertretung in der Mitgliederversammlung der ASD. Die Kultusministerin des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, Marquardt, stellte die schwierige schulpolitische Situation ihres Bundeslandes dar. In einer kontroversen Diskussion wurden die unterschiedlichen Standpunkte in Bezug auf die Dienststellung des Schulleiters deutlich.

Da eine Erhöhung der ASD-Beiträge in Aussicht stand, wurde über den Antrag beraten, das Stimmenverhältnis in der ASD-Mitgliederversammlung in Abhängigkeit von der Größe der Verbände und den eingezahlten Beiträgen abhängig zu machen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, so dass es dabei bleibt, dass jedes Bundesland *eine* Stimme hat. Als neuer ASD-Beitrag wurde eine Leistung von 600 DM pro Bundesland, zusätzlich 1.- DM pro Mitglied beschlossen.

Die Versammlung lehnte endgültig einen Beitritt der ASD zum Welt-Schulleiterverband (ICP) ab.

25.02.1997

Michael Jurczok
Vorsitzender